

LinksBlick



Kreisverband und Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming

20 Jahre linke Politik im Landtag

Kein unreflektierter Einheitsjubiläum, sondern eine kritische Würdigung zweier Dekaden: Das prägte den Charakter der Feier „20 Jahre linke Politik im Landtag“ am 5. Oktober. Die Fraktion DIE LINKE begrüßte dazu mehr als 120 Gäste. Zum Auftakt sprachen Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD), Persönlichkeiten aus der Fraktionsgeschichte wie die PDS-„Urgesteine“ Lothar Bisky und Heinz Vietze, aber auch die amtierende Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser und der jüngste Abgeordnete der LINKEN, Marco Büchel. Ministerpräsident a.D. Manfred Stolpe hatte ein Grußwort übermittelt. Neben Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und zahlreichen Medienvertretern kamen viele als einstige Gestalter und treue Wegbegleiter linker Landtagsarbeit in Brandenburg. Ihre Erinnerungen konnten sie auch dank der Sonderausstellung der Fotografin Simone Diestel mit Arbeiten aus dem linken Parlamentsleben auffrischen.

Kerstin Kaiser: „...1990 fiel die Entscheidung, ob wir das westdeutsche Modell einfach übernehmen oder ob wir einen anderen Weg, den Brandenburger Weg, gehen. Der bedeutet auch heute noch: Integration anstatt Ausgrenzung und Abgrenzung. ... Euch Ehemaligen der Frak-

tion verdanken wir die Möglichkeit, heute so in Parlament und Regierung arbeiten zu können.“

Lothar Bisky: „Wenn der Anfang gut war und auch diese Regierung gut wird, dann wird auch das Ende gut. Ich stehe schon dazu. ... Wir wollten unsere Werte, die auch manche von uns mit Füßen traten, nicht einfach wegschmeißen. ... Es gilt, immer die Bodenhaftung zu behalten. Täglich mit den Füßen im märkischen Sand – da sind wir gut geerdet für die Zukunft.“

Gregor Gysi: „Wir Ostdeutschen haben einen besonderen Vorteil: Wir kennen den Zusammenbruch einer Gesellschaft. Das haben wir den Westdeutschen eindeutig voraus. Die erleben das jetzt erst. Wir haben das schon durch und sind besser darauf vorbereitet ... Ihr Brandenburger seid verpflichtet, Besonderes zu leisten. Die Leute müssen erkennen, was ihr für sie geschafft habt.“

Heinz Vietze: „Ich fand den Brandenburger Weg etwas sehr Gutes. Das ist der Vorzug der Demokratie gegenüber der Diktatur, dass man eben niemanden ausgrenzt, diffamiert oder persönlich beschädigt. ... Wir haben schon ein gelebtes Leben. Die Geschichte Brandenburgs muss nicht neu entdeckt werden. Es gibt diese 20 Jahre, mit denen wir uns beschäftigen können.“ <

Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Bild aus Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



Auflösung des Bilderrätsels der letzten Ausgabe

Seite 12

Zitiert ...

Eines Tages werden unsere Kinder Antworten geben, die wir nicht hören wollen, weil wir ihnen keine Antworten gaben, als sie uns Fragen stellten.

Wolfgang Eckert

DIE LINKE.

Schwäbische Weise mit neuem Text

1.) Auf der schwäb'schen Eisenbahne
soll kein Bäuerle mehr fahre,
nur noch die mit Nadelstreifen,
sollen durch Europa reisen.

Ref.: Trulla, trulla, trullala,
trulla, trulla, trullala.
Stuttgarts Bahnhof soll so bleiben,
keine Bodenpreise steigen.

2.) Den Kopfbahnhof woll'n sie abreißen,
Tunnelbahnhof mit den Gleisen,
soll dafür tief in die Erde,
hören nicht auf die Beschwerde.

Ref.: Trulla, trulla, trullala,
trulla, trulla, trullala.
Stuttgarts Bahnhof soll so bleiben,
keine Bodenpreise steigen.

3.) Kosten wird das viel Billionen,
für die Haie soll sich lohnen,
doch die Schwaben komm' ins Schwitzen,
bleiben auf den Kosten sitzen.

Ref.: Trulla, trulla, trullala,
trulla, trulla, trullala.
Stuttgarts Bahnhof soll so bleiben,
keine Bodenpreise steigen.

4.) Stuttgarts Bürgern platzt der Kragen,
auf der Straße sie laut sagen,
Stuttgart Einundzwanzig – nie,
Staatsmacht schickt Gendarmerie.

Ref.: Trulla, trulla, trullala,
trulla, trulla, trullala.
Stuttgarts Bahnhof soll so bleiben,
keine Bodenpreise steigen.

5.) Demo in den Parkanlagen,
wird hart und brutal zerschlagen,
doch das steigert nur die Wut,
Wasserwerfer sind nicht gut.

Ref.: Trulla, trulla, trullala,
trulla, trulla, trullala.
Stuttgarts Bahnhof soll so bleiben,
keine Bodenpreise steigen.

6.) Geißler kommt nun plötzlich schlichten,
Argumente soll'n es richten.
Die von Gruber sind nur schwach.
Schwäb'sche Bürger bleiben wach.

Ref.: Trulla, trulla, trullala,
trulla, trulla, trullala.
Stuttgarts Bahnhof soll so bleiben,
keine Bodenpreise steigen.

Rainer Weigt

Gabi Pluciniczak - In eigener Sache

Eigentlich fing alles ganz harmlos an. Weil die Gesprächspartner, die zur BO-Vorsitzenden-Beratung in Ludwigsfelde eingeladen waren, abgesagt hatten, wurden Tina Senst und ich gebeten, an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Tina wertete die Kreisbereisung aus. Und ich? Kurze Vorstellung der Person (Ich war so aufgeregt, dass ich eines meiner drei Kinder bei der Vorstellung vergaß!). Es hatte sich ja auch herumgesprochen, dass sich unsere Kreisgeschäftsstelle sehr zu ihrem Vorteil verändert hat. Wichtig ist uns vor allem der persönliche Kontakt zu Genossinnen

und Genossen, den man sonst auf Grund der territorialen Ausdehnung unseres Kreisverbandes oft nur telefonisch hat. Außerdem war ich überrascht von den Aktivitäten der BOen, denn einige Veranstaltungen sind nicht bis in unseren Kenntnisbereich gelangt.

Wir erlebten also einen informativen Abend mit lebhaften Diskussionen in einer freundlich-heiteren Atmosphäre. Und das nicht ganz ohne Folgen.

Einige Tage später erhielten wir erneut eine Einladung, diesmal nach Trebbin. Und wieder ergaben sich lebhafte Diskus-

sionen und wir erhielten wichtige Informationen zur Arbeit der BO und der Fraktion in Trebbin. Einige Anliegen und Gedanken konnten wir aufgreifen und weiterleiten.

Diese beiden Veranstaltungen haben uns deutlich gemacht, dass die Kommunikation zwischen der Kreisgeschäftsstelle und den Regionalverbänden und BOen noch weiter ausbaufähig ist. Tina und ich möchten gern weiter an der Verbesserung der Kommunikation arbeiten, unterstützen, informieren, anhören. Deshalb sind wir gern bereit auch persönlich an den Beratungen teilzunehmen. <

Atomparteien – Nein danke!



Atomkraftgegner vor dem Berliner Hauptbahnhof

Fotos: R. Weigt

Die Anti-Atom-Bewegung hat zur Großdemo am 18. September 2010 in Berlin gerufen und 100.000 Menschen sind gekommen.

Es war eine sehr fröhliche Demo, trotz der sehr ernst genommenen Themen. Ich denke an verstrahlte Kinder im Wendland, Ausstieg aus dem Atomkonsens von Rot-Grün, ungelöste Endlagerung, Geheimvertrag mit der Atom-Lobby, Propaganda durch Schwarz-Gelb mit längst widerlegten Scheinargumenten usw..



Es haben sich sehr viele deutlich sichtbar durch Bekleidung, Transparente, Fahnen, Atom-Müll-Fässer und mehr auf den Weg gemacht. Sie alle haben mit Ideenreichtum gezeigt, warum sie aus allen Ecken Deutschlands angereist sind.

Schon kurz nach 12.00 Uhr wurden wir direkt vor dem Berliner Hauptbahnhof von einer schwungvollen

und ausdauernden Trommlergruppe begrüßt. Drei hinzugekommene Samba-Trommlerinnen brachten sich gleich mit ein. Dazu die vielen kunterbunten Demonstranten, da konnte nur Freude aufkommen.

Am Rande des Platzes gab es reichlich Verkaufsstände mit Essen, Getränken, Fahnen, Demo-Utensilien aller Art zu volkstümlichen Preisen. Auch alternative Stromanbieter gaben Infos und boten Verträge zum Wechseln an. So haben sich viele mit ihren Möglichkeiten eingebracht.

Auf der Tribüne spielte die Polit-Rock-Gruppe „Bots“ aus den Niederlanden und animierte zum Mitsingen. Die beiden Moderatoren von „Ausgestrahlt“ und „Campact“ erklärten, wie die Umzingelung des Regierungsviertels stattfinden soll, mahnten Vernunft und Geduld an und baten, um 15.00 Uhr zur Abschlusskundgebung wiederzukommen.

In Gruppierungen ging es zur Umzingelung. Vorneweg die Traktoren aus dem Wendland und dann die verschiedenen Verbände und Parteien. Nur so kamen Reporter an bekannte Politiker, um deren Ansichten in den Medien zu präsentieren. Auf der Tribüne war jedenfalls nur Platz für Bürger und Musikanten. Eine Brücke vom Bahnhof zum Regierungsviertel

nutzten die Veranstalter zum Zählen. Das Ergebnis waren 100.000 Demonstranten.

Da der Abmarsch etwa zwei Stunden dauerte, konnte die Abschlusskundgebung erst gegen 16 Uhr beginnen.

Zu uns sprachen Menschen aus dem Volk. Eine Ärztin, schon seit 1976 dabei, erinnerte an die Erfolge der Demos gegen Kalka. Ein Windkraftunternehmer versprach der Regierung Folgendes: So wie wir seit den 70er Jahren da waren, werden wir weiterhin kommen und noch mehr werden. Ein Gewerkschafter und eine Jugendvertreterin geißelten die Atompolitik und sprachen auch die kriegerischen Verwicklungen und die daraus resultierenden sozialen Verwerfungen bis zu Hartz IV an. Alle betonten, wenn die Regierung nicht mal auf das Volk hören will, wenn es sich auf der Straße zeigt, wird sich das Volk eine neue Regierung besorgen.



Bei den Ansprachen wurden die Demonstranten immer wieder mit einbezogen. So wurde die Kundgebung zum Dialog, zwischendurch weitere Musikeinlagen zum Auflockern.

Wir waren unüberhörbar. Gegen 18.00 Uhr war Schluss der Kundgebung und ich ging, von Musik begleitet, zum Zug. Es war ein anstrengender Tag, der aber auch vielen neue Kraft und Mut gegeben hat.

Das wurde schon drei Wochen später, am Sonnabend, dem 09. Oktober in München deutlich.

Rainer Weigt, Klein Schulzendorf

Linke Politik im Landtag

Flugrouten am BBI

Es bleibt festzuhalten, dass der sogenannte Konsensbeschluss im Jahr 1996 der Grund allen Übels ist. Hier hatte sich die Bundesregierung unter Helmut Kohl mit dem Verkehrsminister Wissmann - beide CDU, das Land Berlin mit Eberhard Diepgen (CDU) und das Land Brandenburg mit Manfred Stolpe (SPD) darauf geeinigt, den BBI am Standort Schönefeld zu bauen.

Verbunden wurde das mit der Entscheidung, dass bei Inbetriebnahme des BBI die Flughäfen Tegel und Tempelhof geschlossen werden (sofern im Nachgang ein bestandskräftiges Planfeststellungsverfahren rechts-gültig vorliegt). Der denkbar ungünstigste Standort, insbesondere für die Schutzgüter Mensch und Natur, wurde politisch entschieden. Diese Standortentscheidung hat die PDS damals abgelehnt und auch für das Agieren der LINKEN heute im Rahmen der aktuellen Debatte zu den Flugrouten ist diese damalige Entscheidung der Grund allen Übels.

DIE LINKE hält die Standortentscheidung für das im dicht besiedelten Speckgürtel Berlins liegende Schönefeld weiterhin für falsch. Festzuhalten ist aber auch, dass mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 16.03.2006 die Rechtmäßigkeit des BBI bestätigt wurde. Der Forderung nach einem Baustopp des BBI, kann DIE LINKE nicht folgen. Insoweit stand und steht für uns die Aufgabe, die Folgen dieser Standortentscheidung für die vom BBI betroffenen Menschen so gering wie möglich zu halten.

Am 6. September 2010 machte die Deutsche Flugsicherung ihre Grobplanungen zu den Flugrouten am BBI öffentlich. Im Gegensatz zu den in der Planfeststellung verwendeten und bekannten Modellen sehen sie vor, dass bei zeitgleichen parallelen Abflügen am Ende der Startbahn die Abflugwege mindestens um 15 Grad divergieren. Diese Planung ist bei

den Bürgerinnen und Bürgern, die sich bislang gar nicht oder zumindest deutlich weniger vom Fluglärm des künftigen BBI betroffen glaubten, in weiten Regionen auf großes Unverständnis gestoßen.

Die Festlegung der Flugrouten und der luftrechtliche Planfeststellungsbeschluss sind einem jeweils voneinander getrennten Verfahren vorbehalten: das Planfeststellungsverfahren in der Zuständigkeit der Landes-Planfeststellungsbehörde, die, sehr vereinfacht gesagt, über alles, was am Boden passiert, entscheidet und das Verfahren zur endgültigen Festlegung der An- und Abflugrouten, also das, was in der Luft passiert.

Über Letzteres befindet das Bundesaufsichtsamt per Rechtsverordnung im Benehmen mit dem Bundesinnenministerium und dem Bundesumweltamt nach Vorarbeiten der Deutschen Flugsicherung. Gesetzlich festgelegt ist, dass die Fluglärmkommission über die Flugroutenplanungen und -varianten berät und Empfehlungen für Veränderungen unterbreitet. Das gegenwärtig laufende Verfahren zu den Flugrouten ist also in konkreter Verantwortung des Bundes.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie die Bürger Lärmschutz bei veränderten Flugrouten erhalten können, die vom ursprünglichen Planfeststellungsbeschluss abweichen. Dafür traf der Planfeststellungsbeschluss im Punkt „5.1.9 Vorbehalt nachträglicher Anordnungen“ Vorsorge: „1) Die nachträgliche Festsetzung, Änderung oder Ergänzung von Auflagen zum Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm bleibt vorbehalten. Insbesondere werden bei geänderten An- und Abflugverfahren am Flughafen die festgelegten Schutz- und Entschädigungsgebiete neu ausgewiesen werden...“ (Siehe auch „10.1.8.3 Passive Schallschutzmaßnahmen“).

Die Bürgerproteste sind verständ-



lich und beruhen auf einem klaren und deutlichen Defizit. Obwohl scheinbar formal Verfahren eingehalten wurden, fand kein Dialog, keine Kommunikation und Einbeziehung der Betroffenen durch die Behörden statt. Insofern ist der Grundkonflikt – auf der einen Seite politische Entscheidungen und Behördenhandeln, auf der anderen Seite konträr dazu die Bürgerinteressen – mit der Situation in Stuttgart 21 durchaus vergleichbar. Es geht um Bürgermitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten, um nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Für DIE LINKE ist dieses Spannungsfeld nicht einfach, auch wenn wir an der damaligen Entscheidung nicht beteiligt waren. Wir sind heute in Regierungsverantwortung und man erwartet heute Veränderungen bzw. Unterstützung von der Politik und da wird nicht zwischen Bundes- und Landesebene unterschieden.

Auch deshalb war es nur folgerichtig, dass auf Initiative der LINKEN die Koalitionsfraktionen einen eigenen Entschließungsantrag eingebracht haben. Dieser sieht vor, dass, „auch wenn die Festlegung der entsprechenden Routen und Verfahren ausschließlich in der Zuständigkeit der Bundesbehörde liegt und dem Land keine formalen Mitwirkungsrechte eröffnet sind, sich der Landtag und die Landesregierung in der Pflicht sehen, alles Erdenkliche zu tun, um die Lärmbelästigung der betroffenen Bürger so gering wie möglich zu halten“. Stichworte dazu sind: transparentes Verfahren, Erweiterung der Fluglärm-

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

kommission, Diskussionsplattform für weitere interessierte Gemeinden, Vorlage alternativer Planungen und ergänzende Informationen zu den heute befliegenen und den geplanten Flugrouten, Darstellung der jeweiligen Flugkorridore, Höhe und Lärmbelastung.

Es steht außer Frage: Das oberste Prinzip ist die Flugsicherheit. Gleichbedeutend aber sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen und Varianten zu prüfen, um die Lärmbelastung zu minimieren. Lärmschutz muss zur Chefsache werden! Letztendlich wird das der Gradmesser für Politik und für die Akzeptanz des BBI in der Region sein.

Natürlich sind klar die Verantwortlichkeiten zu benennen, die Vorbereitung und Festsetzung der Flugrouten

gehört in die Verantwortung des Bundes. Die Bundesebene muss diese wahrnehmen. Es ist ein Unding, dass bis heute nicht bekannt ist, an welchem Ort, in welcher Höhe, mit welcher Häufigkeit und mit welchem Lärmpegel ein Territorium real belastet ist. Das schürt Ängste und Unsicherheit. Deshalb müssen die genauen Daten auf den Tisch!

Ein weiterer wirksamer Schritt wäre das Nachtflugverbot von 22.00 bis 6.00 Uhr. Wenn klar ist, dass weit mehr als die 45.000 Einwohner im Tagschutz- und Nachtschutzbereich betroffen sind, ist die wirtschaftliche Komponente des BBI in dieser Art, wie durch die Planfeststellungsbehörde eingeschätzt, nicht mehr aufrechtzuerhalten. Ein Vergleich der Behörde mit der Schutzgemein-

schaft Umlandgemeinden im aktuellen Klageverfahren zur Sicherung des Nachtflugverbots wäre ein richtiger Schritt.

Letztendlich könnten (mindestens) die beiden Gesellschafter – die Länder Berlin und Brandenburg – sich die Selbstverpflichtung auferlegen, den neuen Flughafen erst dann in Betrieb zu nehmen, wenn klar ist, dass die Flugrouten ein Maximum an aktivem Schallschutz für die vom Fluglärm betroffenen Menschen garantieren. <

Kornelia Wehlan, MdL
Wahlkreisbüro Luckenwalde
Zinnaer Straße 36
14943 Luckenwalde
Tel/Fax: 03371-406544
E-Mail: buerolukwehlan@aol.com
Internet: www.konni-wehlan.de

Probetaljahr bestanden

... und ein guter Zeitpunkt, um einen Moment innezuhalten. Unübersichtlich, abwartend, freundlich – das war etwa die Zusammenfassung nach meiner ersten Woche als Sozialdezernentin in Teltow-Fläming. In der zweiten Woche war ich „Leute-gucken“, das heißt, ich bin von Büro zu Büro, von Mitarbeiterin zu Mitarbeiter gegangen, habe mich vorgestellt und mir von der Arbeit berichten lassen und hatte schon an der über-über-nächsten Tür das Gefühl, nur noch ein Zehntel von dem zu wissen, was ich gerade gehört hatte.

Über Krankenversicherung und Amtshaftpflicht musste ich nachdenken, über eigene Dienstberatungen, Netzwerke und Arbeitsorganisation, über Wohnungssuche, Fahrradkauf und Familienmanagement, um hier nur einige Punkte aus Dienst- und Privatleben anzuführen.

Nun ist schon ein halbes Jahr um, die Unübersichtlichkeit hat sich gelichtet, alle Kolleginnen und Kollegen kenne ich immer noch nicht, weil viele auch in Außenstellen arbeiten, aber die Arbeit macht mir im Großen und Ganzen Spaß. Es geht mir immer



noch nicht ganz leicht von der Hand, wenn ich mal eben so 2,5 Mio. € für Kosten der Unterkunft freigebe, es ist immer noch komisch, wenn ich mich selbst im Pressespiegel wiederfinde. Der Politik- und Leitungsstil ist doch sehr eigen hier, ich bin oft die einzige Frau in der Führungsscrew, aber ich fühle mich wohl, gefordert und akzeptiert, auch wenn ich manchmal merke, dass es noch Informationskanäle gibt, die für mich nicht schiffbar sind.

Mein Büro ist angenehm, mit Blick

auf Baum und – wenn ich mich hinstelle – auf einen kleinen Teich und den Turm der Jakobi-Kirche.

Nach dem ersten Überblick und dem Gefühl, das schaffst du schon, kommen jetzt die Tücken im Detail und das Gefühl, dass man eigentlich nicht lernen kann, was man nicht selber macht. Die Bugwelle der Sachen, die ich eigentlich erledigen will und es nicht (gleich) schaffe, wird größer und mal ist das Fell dicker, mal dünner.

Neben den fachlichen Fragen – vor allem Hartz IV und Pflege – kommen jetzt immer mehr Dinge hoch, die einfach Personalführung erfordern: Personalengpässe, die gehandelt werden müssen, kleine Zwistigkeiten und große Probleme – aber auch ein paar Erfolge – ich habe meine ersten Beschlusspunkte durch den Kreistag bekommen und manches – wie die Handlungsempfehlung zu den Kosten der Unterkunft – was zwei Jahre hin- und herging, hab ich jetzt in drei Monaten zu Ende gebracht. Da war ich schon auch ein bisschen stolz.

Kirsten Gurske, 1. Beigeordnete im Landkreis Teltow-Fläming

Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

von Maritta Böttcher

Spiel mit dem Feuer

Die Debatte zum Thema Integration wird immer irrationaler, wenn wir uns die Äußerungen von Sarrazin oder von Herrn Seehofer anschauen. Mich wundert übrigens nicht, dass diese Kampagne gerade jetzt gestartet wird, denn in den nächsten Wochen wird im Bundestag eines der größten Kürzungspakete in der Geschichte der Bundesrepublik verabschiedet werden. Da ist es augenscheinlich die Idee von einigen verantwortlichen Politikern, arme Deutsche gegen arme Migranten auszuspielen. Das ist ein sehr gefährliches Spiel, ein Spiel mit dem Feuer. Gesine Lötzsch hat die Bundesregierung und an der Spitze Angela Merkel aufgefordert, diese irrationale, diese gefährliche Diskussion sofort zu beenden.

In eigener Sache

Gregor Gysi hat kürzlich in einem Interview die These vertreten, dass wir uns seit der Bundestagswahl als Partei auf unseren Erfolgen ausgeruht haben. Die Parteivorsitzende meint, dass diese Feststellung nicht zutrifft. Seit der Bundestagswahl haben wir die erfolgreiche Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen bestritten. Wir haben hervorragende Ergebnisse bei Bürgermeisterwahlen, z.B. in Helgoland, erstritten. Auch in Potsdam sind viele engagierte Genossinnen und Genossen auf die Straße gegangen, um dafür zu sorgen, dass der Kandidat der LINKEN in die Stichwahl gekommen ist. Aber auch dort, wo keine Wahlen sind, sind die über 6.000 Mandatsträger der LINKEN unterwegs, auch viele Genossinnen und Genossen, die in der Partei aktiv sind und nicht unbedingt ein Mandat haben. Wir haben das Problem, dass sich diese Aktivitäten nicht so in den Medien widerspiegeln, wie wir uns das gern wünschen. Wir werden aktuell oft mit den Umfragezahlen der

Grünen konfrontiert. Ein Blick auf die Wählerzahlen: DIE LINKE wurde von 5,2 Millionen Menschen gewählt, die Grünen von 4,6 Millionen. Es sollte darüber nachgedacht werden, Parteien entsprechend ihrer Wählerbasis in den Medien gewichtet darzustellen. Im Augenblick geht es eher nach den Umfragezahlen und nicht nach den Wählerzahlen. Es fällt auf, dass bei Themen wie Hartz IV, Rente erst ab 67, Afghanistan-Krieg plötzlich die als Kritiker in den Medien häufig hervorgehoben werden, die Hartz IV und Rente ab 67 eingeführt und die die Beschlüsse zum Afghanistan-Krieg gefasst haben. Hier wird der Bock zum Gärtner gemacht. Wenn über die Änderung der Strategie der Partei DIE LINKE diskutiert wird, ist es notwendig zu sagen, dass wir erst unsere Wahlziele erreichen müssen, nämlich Hartz IV zu überwinden, die Rente erst ab 67 zu verhindern, den Afghanistan-Krieg zu beenden. Dann können wir uns auch neue Ziele suchen.

Zahlentrickserei beenden

Der erneute Rückgang der Arbeitslosigkeit im Monat September auf 3,031 Millionen zeigt ein verzerrtes Bild der Wirklichkeit, zumal die ungeschönten Zahlen mit 4,161 Millionen deutlich höher sind. Das massive Ausnutzen der Leiharbeiterregelung durch Unternehmen führt zu einer Lohndumping-Spirale, die Niedriglöhne zementiert. Minijobs und atypische Beschäftigung schaffen Armut und Perspektivlosigkeit. Millionen Menschen müssen zusätzlich Hartz-IV-Leistungen beantragen, um über die Runden zu kommen. Das vermeintliche Jobwunder beruht auf unsicherer Beschäftigung und miesen Löhnen. Besonders deutlich werden diese Auswirkungen verfehlter Arbeitsmarktpolitik im Osten Deutschlands. Auch 20 Jahre nach der Vereini-



gung ist die Arbeitslosigkeit dort fast doppelt so hoch wie im Westen. Wer arbeitet, verdient in der Regel nach wie vor deutlich weniger als im Westen. Die Mär, niedrige Löhne schaffen Arbeitsplätze, wurde widerlegt. Stattdessen ist der Osten Experimentierfeld für Niedriglohn, Tariffucht und Erpressung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. DIE LINKE fordert einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn, der Nachfrage und somit Arbeit schafft. Leih- und Zeitarbeit darf nicht weiter zum Niedriglohnbereich verkommen – dort Beschäftigte müssen der Stammbesoldung an Bezahlung gleichgestellt sein. Dass es geht, zeigt aktuell der Abschluss für die Stahlindustrie. Wir brauchen ein spezielles Investitionsprogramm für den Osten und eine Offensive zur Aus- und Weiterbildung, die Abwanderung verhindert. Wir fordern ein Ende der Trickserei bei der Berechnung der Arbeitslosenzahlen ebenso wie bei der Berechnung der Hartz-IV-Regelsätze. Wir fordern von der SPD: Keine faulen Kompromisse bei Hartz IV. <



Keine Klischees

„Nach Rumänien und Polen würde ich nicht mit dem eigenen Auto fahren.“ ... Von solchen Warnhinweisen und sicher gut gemeinten Rat-schlägen haben wir uns nicht irritieren lassen.

In Rumänien waren wir im August, in Polen im Oktober mit dem Ziel, Hilfsgüter zu den uns mittlerweile bekannten Familien zu befördern. Das Auto war voll beladen mit Gebrauchsgegenständen, die in den Familien nicht nur dankbar angenommen, sondern auch dringend benötigt werden.

An dieser Stelle möchten wir uns bei allen bedanken, die es uns mit ihren Spenden ermöglichen, dort kon-

kret Hilfe zu leisten, wo sie gebraucht wird. Wir haben mehrfach schon über die Hilfstransporte für Rumänien be-



Familie Onesim (l.) und Regina Ziehe (r.)

Foto: H. Richter

richtet. Auch in diesem Jahr haben wir bereits einen LKW (40 Tonnen) nach Rumänien geschickt und wir bereiten einen weiteren Transport vor.

Den persönlichen Kontakt zu einigen Familien möchten wir aber, solange es unsere Gesundheit erlaubt,

persönlich aufrechterhalten.

Wir fahren über 3.000 km bis zu den Zielorten. Wir können auch nicht verhehlen, dass uns bei den Benzinpreisen die finanzielle Seite nicht ganz gleichgültig ist.

Vor unserer nächsten Fahrt wollen wir auch dafür hilfsbereite Menschen gewinnen. Ich möchte noch mal auf den ersten Satz des Artikels zurückkommen.

Unser Auto ist schwer beschädigt worden, in Deutschland, vor unserer Haustür, trotz zwei nicht zu übersehender Hinweise, dass es sich um ein Auto handelt, das von einem Rollstuhlfahrer genutzt werden muss.

Regina Ziehe & Helmut Richter

Gebraucht wird der politisch aktive Bürger

Auch die Basisorganisation Nuthe-Urstromtal mischt sich in die Programmdiskussion ein.

Im Ergebnis des bisherigen Studiums des Entwurfs schlagen wir eine Veränderung im Punkt „I. Woher wir kommen, wer wir sind“ vor.

Im Zusammenhang mit der Gründung der SED wird im Entwurf formuliert: „Der Zusammenschluss von SPD und KPD wurde mit dem gemeinsamen Widerstand gegen den Faschismus gerechtfertigt. Doch erfolgte er unter Druck.“

Die letzte Aussage ist zu absolut. Es ist bekannt, dass z.B. in Luckenwalde schon Ende 1945 Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam beraten haben, wie sie welche Aufgaben gemeinsam lösen können. Sie wollten den Zusammenschluss von unten und wurden von übergeordneter Stelle daran gehindert. Deshalb schlägt die Basisorganisation

Nuthe-Urstromtal vor, den zweiten zitierten Satz wie folgt zu verändern: „Doch erfolgte er oft auch unter Druck.“

Im Mittelpunkt unserer oben genannten Beratung stand „III. Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert“. Eine zusammenfassende Darstellung zu diesem Teil bot den Ansatz für eine interessante Diskussion. Ausgehend vom Begriff „demokratischer Sozialismus“ gelangten wir sehr schnell zu der Feststellung, dass die herrschenden Eigentums-, Verfügungs- und Machtverhältnisse grundlegend verändert werden müssen, um Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Solidarität, Frieden und sozial-ökologische Nachhaltigkeit zu verwirklichen. Dass der Weg über verschiedene Formen des Widerstandes – demonstrativer Protest, soziale Verbesserungen, linke Reform-



projekte – die kapitalistischen Grenzen letztendlich überschreiten muss, macht deutlich, wie kompliziert diese Aufgabe zu lösen ist. Wir sind uns darüber im Klaren, dass der politisch interessierte, aktive Bürger gebraucht wird.

Allein dieses Vorhaben verlangt von uns allen viel Kraft und Initiative im Gespräch mit Nachbarn, Freunden, aber auch in der Arbeit in Fraktionen, Vereinen und Verbänden.

Noch ist der demokratische Sozialismus eine Vision. Tragen wir jeder dazu bei, dass er einmal Wirklichkeit wird.

*Ingrid Köbke,
Basisvorsitzende Nuthe-Urstromtal*

Dr. Thilo Sarrazin offenbart die Systemkrise von Manfred Gustke

Nun ist der Pulverdampf langsam verzogen. Thilo Sarrazin und seine wirren Ansichten sind nicht mehr der Mittelpunkt der Meldungen in den Medien. Sein Buch „Deutschland schafft sich ab“ ist ausreichend in der Öffentlichkeit popularisiert worden, es findet tausendfachen Absatz. Ich werde es nicht lesen, mir reicht es, mich mit den in der Öffentlichkeit dargestellten Ansichten auseinanderzusetzen zu müssen.

Bemerkenswerter ist mir das ganze Drumherum, das offenbart, wie es mit den unveräußerlichen Grundwerten und der viel gepriesenen Freiheit hierzulande bestellt ist.

Erste Bemerkung: Ein Mann mitten aus dem bürgerlichen Lager kommt der Wahrheit: „Deutschland schafft sich ab“ sehr nahe und schon fällt eine ganze Riege von ranghöchsten Politikern über ihn her. Noch vor der Veröffentlichung des Buches gibt die Bundeskanzlerin, Frau Merkel, die Auffassung, Sarrazin zu diffamieren. Der Bundespräsident, Herr Wulff, veranlasst den Präsidenten der Bundesbank, Herrn Weber, ihn aus dem Vorstand abuberufen. Pflichtbewusst hat Herr Weber diesen Auftrag entgegengenommen und öffentlich verkündet. Der SPD-Vorsitzende, Herr Gabriel, fordert vehement den Ausschluss Sarrazins aus der Partei.

Feststellung: Meinungsfreiheit ist also nur solange gestattet, so lange sie nicht an den Pfründen dieser Gesellschaft gerüttelt wird.

Zweitens: Wäre es nicht bei einer derartig herben Kritik, wie sie von einem bisher „kompetenten“ Mann wie Sarrazin an den Zuständen im Staate geübt wurde, klüger, wenn die Politikelite endlich einmal ernsthaft über die Ursachen und die Beseitigung der Missstände nachdenkt? Die Anwürfe, dass „Deutschland immer kleiner und dümmer“ werde, kann man doch nicht einfach ignorieren. Den Bevölkerungsschwund kann die Regierung doch wohl nur umkehren, wenn sozi-

ale Bedingungen geschaffen werden, die es ermöglichen, dass sich Familien wieder Kinder leisten wollen. Und der Dummheit kann man doch nur entgegentreten, indem das Bildungssystem endlich wieder funktionsfähig gemacht wird.

Feststellung: Die Regierung ist nicht in der Lage, die dringendsten Probleme der Gesellschaft zu lösen. Keine Aktivitäten sind in dieser Richtung festzustellen, vielmehr Schimpf und Schande, die all denjenigen zugeacht ist, die unter den Fehlern dieser Politik zu leiden haben: den sozial Schwächsten und den Migranten.

Drittens lohnt es sich, schon einmal über die Einkünfte von Politikern dieser Qualität nachzudenken, derer gibt es noch etliche. Sarrazin beispielsweise ist seit 1975 als Staatsdiener (u.a. Treuhänder) tätig und ist wiederholt in seinen Dienststellen wegen Unkorrektheiten auffällig geworden. Bei der Deutschen Bahn 2000-2001 (unter Bahnchef Mehdorn!) wurden seine Bereiche nicht gerade erfolgreich geführt und er musste entlassen werden. Danach bekam er eine Anstellung als Finanzsenator im Berliner Senat und war zuständig für die Durchsetzung der Finanzpolitik des Regierenden Bürgermeisters Wowereit, der verkündete: „Sparen, bis es quietscht.“ Als man ihn 2009 nach Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wegen Untreue endlich los wurde (Er war ja zuvor schon wiederholt mit seinen arroganten Verunglimpfungen gegen Sozialhilfeempfänger unangenehm aufgefallen.), verschaffte ihm der Bundespräsident Köhler einen Versorgungsposten im Vorstand der Bundesbank. Das Einkommen nur aus dieser Tätigkeit soll sich auf ein Jahreseinkommen von 228.000 Euro belaufen haben, er hat zudem noch weitere 46 Nebeneinkünfte. Da die Äußerungen in seinem Buch dem Ansehen der Bundesbank schaden würden, sollte er entlassen werden. Eine juristisch höchst bedenkliche

Entscheidung, zu der Sarrazin seinen Widerstand angekündigt hat.

Um einen Schaukampf abzuwenden, haben sich am 09.09.2010 das Bundespräsidialamt, der Bundesbankvorstand und Herr Sarrazin auf einen Rückzug Sarrazins (Wie geht das denn?) geeinigt und eine Pension von 10.000 Euro monatlich vereinbart, die über die rechtlichen Ansprüche hinausgeht.

Feststellung: Das Recht in einem Rechtsstaat ist beliebig.

Schamlos, wie unangemessen in Vorständen, Aufsichtsräten, Berater-tätigkeiten, bei Honoraren usw. mit den Steuergeldern umgegangen wird.

Viertens ist von Interesse, welche Meinung das Volk von einem Provokateur (wie Herr Sarrazin von seinen Gegnern gescholten wird) hat. Schon wenige Tage nach der Kampagne für und gegen Herrn Sarrazin hat das Emnid-Umfrage-Institut veröffentlicht, dass 69 % der Bevölkerung seinen Äußerungen zustimmt. 18 % der Befragten würden, wenn sie gegründet worden wäre, sofort eine „Sarrazin-Partei“ wählen. Wie tief muss der Frust in der Bevölkerung sitzen, wenn sie dem Gedankengut eines Provokateurs so gedankenlos folgt?

Feststellung: Bedauernswertes Deutschland, das für ein so offensichtliches politisches Desaster Denkanstöße eines Mannes mit diesem Charisma bedarf.

Fazit: Es kommt schon einem Offenbarungseid gleich, wenn die verantwortlichen Politiker nicht in der Lage sind, die grundsätzlichen Missstände zu beseitigen. Ein ständig wachsender Schuldenberg ist und bleibt nun einmal keine Grundlage für die immer wiederholte Prophezeiung einer hoffnungsvollen Zukunft für alle Mitglieder dieser Gesellschaft. Bisher wurde nichts Nennenswertes getan, sieht man einmal von der weisen Entscheidung des Bundespräsidenten Christian Wulff ab, den 3. Oktober zum Integrationstag zu machen. <

Im Namen der Demokratie – Jüterbog 21?

So oft wie im Zusammenhang mit dem Bau einer Skateboard- und BMX-Anlage am Jüterboger Rohrteich habe ich den Begriff Demokratie lange nicht gehört.

Seit 2005 sind Jugendliche unterwegs, um sich um sich selbst zu kümmern. Sie haben Standort- und Bauvorschläge unterbreitet. Die Arbeitsgruppe, der auch die Verwaltung angehörte, hat dann die Ausschüsse und die SVV gebeten, eine Entscheidung zu treffen. Da die Stadt ein solches Projekt hätte nicht finanzieren können, lag es erst einmal mehr oder weniger auf Eis.

Das heißt, die Jugendlichen haben schon immer wieder gedrängelt. Dann wurden 2009 die beantragten Fördermittel in Höhe von 90.000 € vom Land bewilligt und der Gang durch die Ausschüsse und die Stadtverordnetenversammlung begann. Es wurde heiß diskutiert, auch über den Standort an der Skate-Arena als Touristenattraktion.

Es geht hier nicht um eine Touristenattraktion, auch wenn sich die Stadt Jüterbog den Tourismus auf die Fahne geschrieben hat, sondern um ein städtisches Freizeitobjekt für die Jugendlichen unserer Stadt, die unsere Schulen besuchen, die unsere Freizeitobjekte nutzen und die sich eben nicht außerhalb der Stadt aufhalten wollen, sondern ihre Stadt mögen.

Im Übrigen besteht Jüterbog nicht nur aus der Stadt, sondern es gehören noch viele Ortsteile dazu. Auch diese Jugendlichen besuchen unsere Schulen. Sie müssen bereits täglich sehr früh aufstehen, um mit dem Bus zur Schule zu fahren.

Im Waldauer Weg hätten sie die Möglichkeit, in fünf Minuten an ihrem Skateplatz zu sein, und könnten gemütlich mit dem letzten Bus nach Hause fahren. Bis zur Skatearena

könnte keiner dieser Jugendlichen fahren, da sie sonst nicht mehr mit dem Bus nach Hause kämen. Es wurden viele alternative Standorte geprüft und am Ende stand im Juni 2010 die Beschlussfassung durch eine große Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung (zwei Gegenstimmen, eine Enthaltung): Bau dieser Anlage am Rohrteich.

So intensiv und mit langem Atem haben noch nie Bürger/innen der Stadt, und noch dazu Jugendliche, ihr demokratisches Recht zur Mitbestimmung wahrgenommen. Darauf waren wir alle auch etwas stolz, zumal Jugendlichen oftmals anderes nachgesagt wird! So wurde parlamentarische und außerparlamentarische Demokratie lebendig.

Aus einem Anwohnerprotest, der im Übrigen sehr sachlich und feinfühlig in mehreren Workshops vermittelt wurde, erwuchs eine Bürgerinitiative „Rettet den Rohrteich“, die mit diesem Ursprungsprotest nichts mehr zu tun hat.

Es liegt eine umfassende Baugenehmigung vor, die auch Unbedenklichkeitserklärungen des Umweltamtes und der Unteren Naturschutzbehörde beinhaltet. Die Fördermittel müssen bis März 2011 verbaut sein und bekanntlich steht der Winter bevor. Also wurde der Bau pünktlich begonnen.

Ich bin darüber sehr froh, weil nun die Stadt reicher wird. Ob es einen Bürgerentscheid geben wird, ist noch nicht entschieden. Ich hoffe, dass er nicht erfolgreich sein wird.

Dieses Kinder- und Jugendprojekt mit „Stuttgart 21“ zu vergleichen verbietet sich von selbst und ist mehr als dümmlich. In Stuttgart gibt es in der Bevölkerung keine Befürworter, sondern eine umfassende Protestbewegung gegen das Verschleudern von Steuergeldern, die unnötige Zerstörung der Natur am Bedarf vorbei.

Erstens geht es in Jüterbog um ganz andere Dimensionen und es geht um ein sehr sinnvolles Projekt, was durch immerhin 1800 Befürworter-Unterschriften auch noch untermauert worden ist.

Die Initiative sagt immer, dass sie nicht gegen den Bau der Anlage ist, sondern nur gegen den Standort. Die Frage auf der Unterschriftenliste lautet aber: „Sind Sie ebenfalls dafür, dass der Stadtverordnetenbeschluss vom 30.06.2010 aufgehoben wird und sind Sie auch gegen den Standort und den geplanten Bau der Skate- und Freizeitanlage am Rohrteich in Jüterbog?“

Man muss eben auch ehrlich bleiben. Die Anfragen auf Rücknahme der Unterschrift nehmen zu. Viele fühlen sich arglistig getäuscht. Leider geht das jetzt nicht mehr.

Seit die Angriffe auf die Befürworter die persönliche Ebene erreicht haben, wurde die demokratische Ebene verlassen. Persönliche Drohungen sind das Letzte!

Wer in Luckenwalde schon mal zugehört hat, welchen Spaß den Kindern und Jugendlichen ihre Anlage macht und wie sie sich selbst auch für die gute Erhaltung einsetzen, wird schnell seine Meinung ändern. Ach, ich vergaß: Besonders beeindruckt war ich davon, wie gern sie Zuschauer haben und damit ihr Können auch bewundert wird, das lässt ihr Selbstwertgefühl steigen.

Demokratie ist eben manchmal ein Schlagwort und manchmal auch geliebtes Miteinander. Eben nicht nach dem Motto: Manchmal verliert man und manchmal gewinnen die anderen! Der Gewinn für die Hartnäckigkeit der jungen Leute wird jedenfalls ein großer sein, davon bin ich zutiefst überzeugt.

Maritta Böttcher, Jüterbog

Aus dem Leben eines Taugenichts

Er ist immer noch ein wenig kokett, wenn es um seine Person geht, aber auch unkonventionell und wach. Seine Schlagfertigkeit ist legendär und Gregor Gysi sagte über ihn, er sei nicht nur „ein ewiger Optimist, sondern strahlt eine ungeheure Menge an Lebenslust aus. Das hat was Ansteckendes und schon deshalb besuchen ihn gern viele Leute“.

Viel oder besser gesagt gut besucht war auch die Walkmühle in Woltersdorf an jenem letzten Septembertag des Jahres 2010.

Frau Krause hatte ihn zum Gespräch eingeladen, den letzten Innenminister der DDR. Ganze 174 Tage waltete er seines Amtes, die Rede ist von Dr. Peter-Michael Diestel.

Gleich zu Anfang sorgte Herr Diestel für allgemeine Heiterkeit, weil er die Walkmühle als „konspiratives“ Objekt bezeichnete, was er ohne Navigator wahrscheinlich gar nicht gefunden hätte.

Auf eine entsprechende Frage von Frau Krause antwortete Herr Diestel, dass er in der DDR glücklicher Anwalt in der Landwirtschaft war.

Er kam zur Politik von heute auf morgen und verglich sich ein bisschen mit „einem Pianisten im Orchester“. Plötzlich war er der Mann mit der größten Macht in der DDR. Polizei, Zoll, Grenze, Stasi alles unterstand seiner Führung. Mit großem diplomatischem Geschick führte er Gespräche mit hochrangigen Vertretern dieser Organe und er hat offene Ohren gefunden bei diesen Menschen, bis heute ist das so. Es herrschte damals eine völlig untypische Politik, weil es kein Konzept für

die entstandene Situation gab, auch der Westen hatte keins, so Herr Diestel. Er gehörte neben vielen anderen Menschen zu den Quereinsteigern in die Politik, was sehr viel Kraft von jedem einzelnen

erforderte. Als Frau Krause nach dem Heimatgefühl fragte, kam Herr Diestel ins Schwärmen. Er sprach über seinen Freundeskreis, der sich verän-

derte und größer wurde, und dass er gern da ist, wo er lebt und arbeitet.

Als seine schmerzlichste Niederlage jedoch bezeichnete er das Misstrauensvotum gegen ihn am 13.09.1990. Das waren Schläge, die geschmerzt haben. Trotzdem blieb er noch bis 1994 in der Politik und als sich der westliche Stil durchsetzte, erfolgte sein Rückzug aus der Politik.

Peter-Michael Diestel duldet keine Angriffe auf Lebensleistungen und bezeichnete die Verteufelung der „abgeschafften DDR“ als falsch. Seine Wurzeln liegen in der DDR, er hat

zwar einen Beitrag dafür geleistet, dass die DDR abgeschafft wird, aber seine Wurzeln lässt er sich nicht verteufeln. Einfach abhauen wäre für ihn ebenso wenig in Frage gekommen.

Heute ist Herr Dr. Diestel wieder als Rechtsanwalt tätig. Dabei stellt er sich konsequent auf die Seite der Schwachen. Ausgrenzungsdenken duldet er nicht.

Überdies sei er „irrsinnig stolz“ darauf, dass sein Name mit im Geschichtsbuch steht, jedoch ist er jetzt „froh, in seiner gemütlichen Anwaltsstube zu sitzen“.

Allerdings wird er sich nicht von seiner bürgerlichen Überzeugung trennen und bezeichnete in diesem Zusammenhang einen Brief von Altbundeskanzler Helmut Schmidt, aus dem er zitierte, als „Ritterschlag“.

Er bezeichnete es als „komfortabel“, in der Walkmühle über sich und sein Buch reden zu dürfen. Wer das Buch liest, wird für sich entscheiden, ob es die Geschichte eines Taugenichts oder eines großartigen Anwaltes ist, der zur Politik kam wie die Jungfrau zum Kinde, dabei aber nie vergessen hat, sich für die Ohnmächtigen hierzulande einzusetzen.

Sabine Gumpel, Klein Schulzendorf



„Glück auf“, Kumpel!

Dieser Gruß sei uns gestattet. Wir können nur den Hut davor ziehen, wie die 33 chilenischen Bergleute den wochenlangen Zwangsaufenthalt in einem teilweise verschütteten Bergbau überstanden und nie die Hoffnung auf Rettung aufgegeben haben. Dass die Bergleute so diszipliniert ausgeharrt haben, ist auch den besonders erfahrenen Kumpeln zu danken, die mental stark genug waren, auf ihre Kollegen psychisch beruhigend einzuwirken.

In diesem Zusammenhang sollten wir aber auch daran denken, dass Bergbauunglücke oft nicht so glimpflich ausgehen. Weltweit sterben unzählige Bergleute in den Gruben, weil oft die Sicherheitsbestimmungen von skrupellosen Betreibern der Bergwerke missachtet werden, (wobei man die Gefahren für Bergbauunglücke nicht ganz ausschließen kann). Bei aller Freude bleibt auch ein bitterer Nachgeschmack. Das Bergwerk wird geschlossen, die Mineros werden arbeitslos und erhalten kaum Unterstützung. Unsere Solidarität gehört den chilenischen Mineros.

Dr. Rudolf Haase, Luckenwalde

Aus der Gesamtmitgliederversammlung Stadtverband Luckenwalde und Nuthe-Urstromtal

Genosse Rudi Haase leitete die Versammlung und legte einige politische Schwerpunkte dar. Genosse Manfred Thier informierte ausführlich zum Thema Gesundheitsreform. Die in einer Broschüre vorliegenden Pläne der Bundesregierung sind für die Bürger z.T. schwer nachvollziehbar. Die Sparmaßnahmen der schwarz-gelben Koalition richten sich gegen die Mehrheit der gesetzlich Krankenversicherten. Unterschriftenlisten gegen die Kopfpauschale liegen in der Geschäftsstelle aus.

Genossin Marianne Richter sprach kompetent von den Ängsten und Nöten Kranker und Älterer nach dem Abbau der Gesundheitsfürsorge.

Dabei gab es die Forderung, das Wort „Reform“ in der Bundespolitik nicht weiter zu missbrauchen, denn die Erneuerung mündet stets in Bürokratie und Sparmaßnahmen auf Kosten des kleinen Mannes!

Wir als sozial-politische Partei sollten eigenständiger zwischen den Wahlen mehr mit Bürgern arbeiten, uns als Interessenvertreter zeigen, außerhalb der Medien/Presse, die wenig positives Informationsinteresse für links zeigen. Außerdem bestimmt das Sein das Bewusstsein auf keinen Fall automatisch; Bürger in Not „schalten“ lieber ab oder folgen „Rattenfängern“. Dabei ergab sich die Frage, warum „unabhängige Zeitungen“ wie die MAZ politisch einseitig informieren, dem Landes- und Kreiserntefest z.B. wurde ungenügend Achtung geschenkt; viel mehr Bürger sollten Leserbriefe schreiben. Genossin Christa Peter dankte für das gelungene Grillfest und erläuterte den geplanten Ausflug nach Klais-tow (fand mit 20 Teilnehmern statt, s. Bild). Bezugnehmend auf den Brief des Sprecherrates vom Juni an nicht berufstätige Mitglieder bittet die Arbeitsgruppe noch einmal, für das neue Jahr Wünsche und Vorstellungen dem Stadtverband u.a. schrift-

Herzliche Glückwünsche senden die Basisorganisationen und Vorstände den Jubilaren, die in diesen Tagen Geburtstag feiern

Marie Petermann in Jüterbog zum 86. Geburtstag am 11.11.
Inge Tomalla in Luckenwalde zum 82. Geburtstag am 13.11.
Christa Wetzel in Schönefeld zum 73. Geburtstag am 14.11.
Johanna Reich in Jüterbog zum 79. Geburtstag am 15.11.
Werner Langklotz in Blankenfelde zum 76. Geburtstag am 20.11.
Gerhard Hausmann in Jüterbog zum 94. Geburtstag am 21.11.
Gisela Renner in Dahlewitz zum 73. Geburtstag am 22.11.
Brigitte Bloch in Luckenwalde zum 82. Geburtstag am 24.11.
Günter Kühn in Am Mellensee zum 83. Geburtstag am 25.11.
Christa Zernick in Am Mellensee zum 77. Geburtstag am 26.11.
Rolf Schröther in Jüterbog zum 72. Geburtstag am 26.11.
Gerda Müller in Rangsdorf zum 86. Geburtstag am 27.11.
Erika Lorenz in Werder zum 81. Geburtstag am 28.11.
Ursula Weber in Schöna-Kolpien zum 79. Geburtstag am 28.11.
Hans Kanzok in Nuthe-Urstromtal zum 83. Geburtstag am 28.11.
Erika Lorenz in Werder zum 81. Geburtstag am 28.11.
Margarete Perlitz in Luckenwalde zum 81. Geburtstag am 01.12.
Karin Odebrecht in Mahlow zum 73. Geburtstag am 02.12.
Werner Eiserbeck in Luckenwalde zum 82. Geburtstag am 07.12.
Hannelore Clemens in Jüterbog zum 82. Geburtstag am 08.12.

Günter Pöttsch in Mahlow zum 75. Geburtstag am 12.11.
Dora Püttschel in Mahlow zum 85. Geburtstag am 14.11.
Anneliese Wirth in Jüterbog zum 75. Geburtstag am 14.11.
Wolfgang Schulze in Dahme/Mark zum 65. Geburtstag am 15.11.
Elli Wünschmann in Luckenwalde zum 90. Geburtstag am 26.11.
Dr. Rudolf Schiller in Blankenfelde zum 75. Geburtstag am 29.11.
Biruta Schlag in Sperenberg zum 75. Geburtstag am 01.12.
Dr. Herbert Fiedler in Luckenwalde zum 85. Geburtstag am 08.12.



Strahlende Gesichter beim Ausflug der Senioren nach Klais-tow

lich oder mündlich kundzutun. Die Arbeitsgruppe nimmt sich für eure Begleitung (inkl. Gäste), Betreuung, gern die Zeit für ein paar erlebnisreiche, interessante, frohe Stunden. Kommt auf uns zu! Vereinfacht die

herzlich begrüßt, stellten sich vor: Hans Kanzok, im Ruhestand, ist zugezogen. Axel Kubiak, Kleinkunstdarsteller, hält es für an der Zeit, sich aktiv einzubringen.

Christa Peter, Mitglied im Sprecherrat Luckenwalde

Termine

15.11.10 19.00 Uhr
Kreisvorstand
Geschäftsstelle Luckenwalde

17.11.10 14.00 Uhr
Redaktion
Geschäftsstelle Luckenwalde

17.11.10 18.00 Uhr
Martina Bunge, MdB
Grüne Passage Blankenfelde

18.11.10 15.30 Uhr
Treffen der Zeitungsverteiler
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

22.11.10 18.30 Uhr
Beratung der BO-Vorsitzenden
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

03.12.10 16.00 Uhr
Kinderweihnachtsfeier im
Übergangwohnheim
Luckenwalde

**Zur offenen Programmdiskussion lädt
DIE LINKE. Teltow-Fläming
alle Mitglieder und Interessierte ein:**

2. Tagung des 2. Kreisparteitages

**am 27. November 2010 um 9.30 Uhr
in der Kulturscheune Thyrow**

„Ein Jahr Kooperation in TF“, Kornelia Wehlan, Kreisvorsitzende

Impulsreferat „Sozialismus, Demokratie und Freiheit –
Die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Alternative“,
Helge Meves, Mitgründer der WASG

Impulsreferat „Regierungsbeteiligung der LINKEN in Brandenburg –
Linkes Reformprojekt für einen Politikwechsel?“,
Stefan Ludwig, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Impulsreferat „Rekommunalisierung – Für starke Kommunen mit
leistungsfähigen Betrieben in öffentlicher Hand“,
Dr. Hans Thie, Referent für Wirtschaftspolitik
der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Auflösung Bilderrätsel



Zu sehen ist hier der Eingang zur Geschäftsstelle DIE LINKE. Teltow-Fläming in der Albert-Tanneur-Straße 17 in Ludwigsfelde.

Die vormalige „Straße des Aufbaus“ wurde nach einem Beschluss des Stadtrates vom 17. September 1970 in Albert-Tanneur-Straße umbenannt.

Die offizielle Umbenennung erfolgte am Vorabend zum 21. Jahrestag der Gründung der DDR zu der auch eine französische Delegation anreiste. Albert Tanneur (1902-1969) war Stadtrat in Levallois-Perret, einer damaligen französischen Partnerstadt von Ludwigsfelde.

Er war Mitglied der „Parti communiste français“ und hat als antifaschistischer Widerstandskämpfer in der Résistance mitgewirkt. Zahlreiche hohe Auszeichnungen wurden ihm verliehen, so trug er u.a. den Ritterorden der Ehrenlegion. Seinen Lebensunterhalt verdiente er sich als Taxichauffeur in seiner Heimatstadt. <

IMPRESSUM

Geschäftsstellen: 14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36, Tel: 0 3371/632267, Fax: 63 69 36,
14913 Jüterbog, Große Str. 62, Tel: 033 72/432691, Fax: 443033,
14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur-Str. 17, Tel: 03378/510653
Spendenkonto: 363 302 7415,
BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam
Redaktionsschluss: 15. Oktober 2010, der nächsten Ausgabe: 17. November 2010

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming,
V.i.S.d.P.: Tina Senst, E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de

**Mit Trauer erfahren wir
vom Tod
unserer Genossin
Gisela Länge**

In ehrendem Gedenken

*DIE LINKE. DIE LINKE.
Teltow-Fläming Luckenwalde*